

Günther R. Mittler/Edgar Wolfrum

Das Jahr 1968 Vom Politereignis zum Geschichtsereignis

Im Jahr der 40. Wiederkehr von 1968 offenbaren die Erinnerungsversuche an die Studentenrevolte mitunter Überraschendes: Abseits aller nach wie vor bestehenden Deutungskämpfe um die angemessene Verortung der 68er-Bewegung in der bundesrepublikanischen Geschichte lässt sich der Eindruck gewinnen, als huldige der Staat seinen einstigen Feinden. Eine von der Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltete Ausstellung wie ‚68 – Brennpunkt Berlin‘ im Amerika-Haus der Hauptstadt oder die mit staatlichen Mitteln unterstützte Schau im Historischen Museum Frankfurt am Main mit dem Titel ‚Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung‘ sowie nicht zuletzt die zahlreichen Seminare und Workshops bildungspolitischer Einrichtungen zum Themenkomplex 1968 scheinen eben jene Beobachtung zu bestätigen, die ein zeitgenössischer Kommentator zugespitzt wie folgt formuliert hat: „Ausgerechnet der Staat erinnert an diejenigen, die ihn vor 40 Jahren mittels Revolution auf den Müllhaufen der Geschichte befördern wollten.“ (Sontheimer 2008)

Hat die Bundesrepublik etwa im Jahr 2008 tatsächlich ihren Frieden mit der Studentenbewegung gemacht? Beweisen die zahlreichen Ausstellungen und die stetig wachsende Zahl geschichtswissenschaftlicher Arbeiten und Überblickswerke (zum Beispiel Frei 2008; Sievers 2008) nicht, dass ‚1968‘ zu guter Letzt doch noch historisiert worden ist? – Tatsächlich muss dies ernsthaft bezweifelt werden: Auch 40 Jahre nach der Revolte sind jene Kräfte immer noch zu dominant, die das Epochenjahr erinnerungspolitisch zu instrumentalisieren pflegen. Nach wie vor verweigern sich ‚Linke‘ und ‚Rechte‘ einer fairen Bewertung der Studentenproteste

und transportieren geschichtspolitisch verzerrte Deutungsmuster in eine bereitwillig rezipierende Medienlandschaft. Und das, obwohl das derzeitige politische Klima gerade auf dem Feld der Erinnerungspolitik von einem Konsens getragen wird (vgl. Neumann 2007), der eine günstige Voraussetzung für eine objektive Bilanz von 1968 darstellen könnte. In der Tat fällt auf, dass sich die Vertreter der Regierungspolitik in ihren Stellungnahmen zu den 68ern merkwürdig zurückhalten. Auf politischer Ebene verläuft die Deutung von 1968 in weitaus weniger schrillen Tönen, als dies noch in der Vergangenheit – zum Beispiel unter Rot-Grün – der Fall gewesen ist. Fast vergessen wirkt die Aufregung, ja die Gereiztheit in der Debatte über die Sinngebung der 68er-Bewegung, so wie man sie in den Jahren klarer Mehrheitsverhältnisse für die eine oder andere politische Seite kannte. Es hat den Anschein, als biete die Regierung der Großen Koalition aktuell ein Umfeld, in dem der Kampf um die historische Erinnerung an 1968 und die Folgen zumindest oberflächlich auf Eis gelegt sind und der Deutungskampf in der Öffentlichkeit primär von den ‚Stellvertretern‘ aus der Wissenschaft und den ehemals Beteiligten – ob Freund oder Feind der Bewegung – ausgefochten wird. Denn ist es etwa nicht bemerkenswert, dass Kritik an den 68ern zuletzt in den Reihen gerade jener bürgerlichen Partei laut wurde, die in Berlin auf der Oppositionsbank sitzen muss? So war es der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Guido Westerwelle, der die 68er mit Blick auf deren Empfinden für Ästhetik und Kunst als „Geschmacksrichter einer neuen politischen Korrektheit“ und „Zensoren der geistigen Freiheit unseres Landes“ titulierte (Westerwelle 2007).

Doch was bedeutet dieser Burgfriede im Zeichen der Großen Koalition auf dem Kampfplatz der Erinnerungspolitik? Markiert er etwa das Ende für ein neuerliches Aufbrechen alter Deutungsmuster von 1968? Tatsächlich muss dies ernsthaft bezweifelt werden. Denn gerade mit Blick auf das Jahr der Revolte erscheint der Griff nach der Deutungsmacht für die Politik lohnenswert. Wenngleich derzeit von Seiten der politischen Parteien auf rhetorische Schlachten darüber weitgehend verzichtet wird, bleibt 1968 auch weiterhin ein Dreh- und Angelpunkt des geschichtspolitischen Kampfes um das Selbstverständnis der Bundesrepublik. Wer sich in der Interpretation dieses Ereignisses durchzusetzen vermag, legt auch die Weichen für ein Geschichtsbild von der Bundesrepublik in *seiner* Interesse. Um zu verstehen, in welchen Bahnen die geschichtspolitische Interpretation des Protestjahres 1968 verläuft, lohnt ein tiefgehender Blick auf die beiden konkurrierenden Deutungsmodelle.

1 Das Deutungsmodell der Konservativen

Bis zum Ende der rot-grünen Regierungskoalition im Jahr 2005 folgten die Konservativen in der Interpretation von 1968 einem altbewährten Muster: Das Protestjahr markierte für sie zu allererst die Abkehr von jener Ordnung und Stabilität, zu der die CDU-geführten Bundesregierungen der Bundesrepublik seit 1949 verholfen hatten. Dies war ein Deutungsmuster, das auch schon nach dem ersten Machtwechsel 1969 und ebenso nach dem Regierungsantritt von Rot-Grün 1998 Anwendung fand: In beiden Fällen galt der Regierungsauftrag für die ‚Linke‘ als Irrtum, der unbedingt korrigiert werden müsse. Besonders deutlich wurde dieser Interpretationsansatz nach dem Regierungswechsel von 1982/83. Hinter dem Bemühen des neuen Bundeskanzlers Helmut Kohl, die politische Wende wie eine zweite ‚Stunde Null‘ darzustellen, stan-

den die Fragen: Welche historische Erinnerung an die 1970er Jahre sollte bleiben? Was von dem, das in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition geschaffen wurde, sollte weiterhin Bestand haben? Auffällig war damals das Bemühen der Union, den Aufbruchmythos des frühen Sozialliberalismus zu entzaubern. Vor allem über die Verteidigung des offenbar kongenialen Gründungskanzlers Konrad Adenauer kehrten in der Ära Kohl Versatzstücke der 1950er Jahre in die öffentliche Diskussion zurück. In den 1950ern wollte die Union und ihr nahe stehende Intellektuelle und Publizisten eine Zeit des gesellschaftlichen Konsenses, der Stabilität, der Sinnerfüllung und Zukunftsgewissheit erkennen, an die nun, in den 1980ern, wieder angeknüpft werden sollte (vgl. Wolfrum 1999: 331f.).

Auch nach der Jahrtausendwende bezog sich der konservative Kampf um die politischen Diskurse darauf, die bundesrepublikanische ‚Erfolgsnation‘ Adenauer’scher Prägung in die Gegenwart zu verlagern und die ‚Leistung‘ Bundesrepublik für die Konservativen zu reklamieren, indem man die Geschichte begründete und dem Sozialliberalismus seit 1969 eine Abirrung vom geraden Weg bescheinigte. Ein Beispiel hierfür lieferte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel im Januar 2001, indem sie festhielt: „Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, ist seit 1949 ununterbrochen eine freiheitliche, solidarische, weltoffene Republik, auf die wir stolz sein können.“ (Merkel 2001). Dieser Satz enthält den Schlüssel zum Verständnis der Schwierigkeiten, 1968 zu begreifen. Hatte Francis Fukuyama nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 voreilig das Ende der Geschichte verkündet (vgl. Fukuyama 1992), so ließ nun Angela Merkel die Geschichte Deutschlands 1949 enden. Denn folgt man Merkels Argumentation, „dann hat mit der Gründung der Bundesrepublik die Geschichte der politischen Ordnungen für Deutschland ihren endgültigen Abschluss gefunden und damit das überzeitli-

che Ideal einer guten Ordnung seine Verwirklichung erfahren.“ (Preuß 2001).

Nach dieser Lesart erfolgt der Zugriff auf die Geschichte also mit Blick auf die Bundesrepublik vor 1968. Mit Treue, Liebe und ehrfürchtigem Respekt wird dorthin zurückgeblickt, woher man kommt oder wohin man sich zugehörig fühlt. Alles, was dieser Vergangenheit nicht mit Ehrfurcht entgegentritt, das Neue und Unsichere, wird abgelehnt. Protest erscheint dabei als kein notwendiger Bestandteil der Demokratie. Vielmehr orientiert man sich an einem von keinerlei Interessengegensätzen geprägten allgemeinen Wohl, an dem alle Politiker gemeinschaftlich arbeiten sollen. Vor diesem Hintergrund wird der häufige Verweis auf ‚unseren‘ Staat, der durch die Revolte von 1968 bedroht war, nachvollziehbar. Ohne die linksradikalen Gewalttäter wäre der Bundesrepublik ein dauerhaftes Glück beschert gewesen. Deutlich wird, dass es in der gesamten Debatte um 1968 immer auch um die Wertung der Adenauer-Zeit geht.

Die Konservativen, die die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Adenauer-Ära hoch und die Kontinuitäten alter Eliten gering veranschlagten, bescheinigten den 68ern, dass diese sich zu ‚heuchlerischen Scharfrichtern über ihre Väter‘ aufspielten; dass sie moralisch eingefärbte Urteile fällten, ohne selbst Moral und Sittlichkeit zu besitzen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2001). 1968 wird nicht als Nachgeschichte der angeblich bis dato unterbliebenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus interpretiert, sondern als Vorgeschichte des Terrorismus.

Nicht wenige Sozialdemokraten vertraten in der Phase rot-grüner Regierung die These, dass der Konservatismus im Zuge von 1968 während der 1970er Jahre den ‚Kulturkampf‘ verloren habe, „weil er sich zurückgezogen hatte auf einen Traditionalismus, der seine Stärke aus dem Autoritarismus bezog“ (Weisskirchen 2001: 10). Allerdings ignorierten derartige Urteile die

‚Tendenzwende‘, die kurz nach Willy Brandts Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers eingeleitet und durch neue Krisen verstärkt wurde, völlig. Denn tatsächlich hatte Mitte der 1970er Jahre eine unübersehbare Themenwende eingesetzt. Bis dahin geltende Werte und Normen wurden hinterfragt; und vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden geistigen und politischen Polarisierung hatten sich neue Wahrnehmungen und Leitbilder herausgebildet. Die Debatte um den Standort der Deutschen wandelte sich grundlegend. Eine Fortschritts- und Legitimationskrise begann, es setzte ein grassierender Kulturpessimismus ein, und der Terrorismus verursachte ein kollektives Angstgefühl (vgl. Rödder 2004: 31ff.). Die ‚Linke‘ verlor auf Jahre hin ihre kulturelle Vormachtstellung. Auf den emanzipatorischen und demokratisch-kritischen Anspruch aus dem Geist der Studentenbewegung und der frühen sozialliberalen Zeit antworteten konservative Intellektuelle mit Gegenidealen: Die alten Signalwörter wie Emanzipation, Fortschritt, kritisches Bewusstsein, innere Reformen und Entspannung wurden umfassender Kritik unterzogen. Die linke Theorie und Praxis galt angesichts ausbleibender Erfolge und neuer gesellschaftlicher Bedrohungen als abgenutzt. Die neue Stimmung in der Bundesrepublik förderte hingegen eher konservatives Denken. ‚Bewahren‘, nicht mehr ‚verändern‘ sollte nun erste Bürgertugend sein (vgl. Podewils 1975).

Was blieb, war eine geschichtspolitische Ideologisierung, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein reichen. Als Kampfpapare hatte der Faschismus-Begriff Ende der 1960er Jahre Eingang in die außerparlamentarische Opposition (APO) gefunden. Durch die kritische Theorie und die marxistische Faschismusanalyse der ‚Neuen Linken‘ war das in den Jahrzehnten zuvor häufig benutzte Totalitarismustheorem aufgelöst und der fundamentale Gegensatz von Diktatur und Demokratie verwischt worden. Der Nationalsozialismus wurde als eine

mögliche Form der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet. Auf diese Weise konnte man nicht nur die ‚Restauration‘ der 1950er Jahre anprangern. Vielmehr sah sich ein Teil der APO mit dieser Theorie in die Lage versetzt, die ‚bürgerliche‘ Bundesrepublik als eine Fortsetzung des Nationalsozialismus und als strukturell faschistoid zu diffamieren. Auf der gegenüberliegenden Seite stand die Demagogie der meinungsbeherrschenden Medien namentlich der Bild-Zeitung, die ihrerseits die 68er und die RAF-Mitglieder als ‚Kinder Hitlers‘ bezeichnete (vgl. Kallscheuer/Sontheimer 1987: 24ff.). Solchermaßen falsche Faschismus-Analogien, die in dieser Zeit Gang und Gäbe waren, erschwerten eine realistische Bewertung der Abläufe.

In den medienerzeugten Wahrnehmungsmustern, in den Erregungen und Skandalisierungen sind auch heute noch solche schiefen historischen Ähnlichkeiten vorzufinden, wenn etwa eine Gemeinsamkeit zwischen den Nazi-vätern und ihren revolutionären Töchtern und Söhnen behauptet wird (vgl. Aly 2008).

Eine weitere Dimension, die in die 68er-Debatte hineinragt und mitten auf die Basiserzählung der Bundesrepublik zielt, ist wichtig, nämlich der Streit darüber, wem die Lorbeeren der deutschen Einheit zustehen. Der konservativen Interpretation zufolge hatten die Sozialdemokraten im Zuge von 1968 die Nation ganz aus den Augen und aus dem Sinn verloren. Hier verzahnt sich die Diskussion um das Protestjahr mit einer über Nation und Vaterland. Die Neue Ostpolitik der so genannten ‚Wiedervereinigungsskeptikern‘ (Cramer 2001) hat demzufolge die Vereinigung Deutschlands verzögert, weil sie den Status quo verfestigte und die alten Machtstrukturen im Ostblock stabilisierte. Die geschichts- und nationsvergessenen Sozialdemokraten hätten sich, mit der Erbschaft von 1968 bepackt, auf dem Marsch in den Sozialismus befunden. Die Politik der Entspannung wird so zu nichts anderem als zu einer Politik der Beschwichtigung und Kungelei mit der

SED. Hätte 1968 gänzlich den Sieg davon getragen, so lautet die teils unterschwellige, teils offene Argumentation, wäre es zu einer Aufkündigung der Westbindung und zu einer Abhängigkeit der Bundesrepublik von der DDR gekommen (vgl. Cramer 2001). Mit dem Untergang der DDR und der Wiedervereinigung sei Adenauers Politik und nicht der politische Kurs der Sozialliberalen bestätigt worden.

2 Das Deutungsmodell der ‚Linken‘

In ihrem Zugriff auf die auf die Studentenbewegung war 1968 für die ‚Linke‘ ein großes Jahr – ein bedeutender Erinnerungsort – nur vergleichbar mit 1848. Ein Jahr des Aufbruchs, der Emanzipation, der Freiheit und der Ekstase. Die 68er fühlten sich als die ‚Vollstrecker des Weltgeistes‘ (Schnibben 1997), als eine Art Freiheitskämpfer solidarisch mit den Unterdrückten in der Dritten Welt; Freiheitskämpfer aber auch im eigenen Land, die im Auftrag der historischen Notwendigkeit für die nachfolgende Geschichte der Bundesrepublik eine heilsame Mission zu erfüllen hatten, nämlich diesen Staat zu einer brauchbaren Demokratie und zu einer wirklich modernen Gesellschaft umzubilden. So, als habe die Demokratie in Deutschland nicht 1949 begonnen, wurde 1968 zu einem zweiten Gründungsmythos der Republik erhoben (vgl. Wolf- rum 2001: 33). Diese Deutung als die zweite, die nachholende Gründung der Nachkriegs-demokratie, erscheint weitaus angenehmer als die Wahrheit, nämlich dass die Demokratie von den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs nach Deutschland gebracht werden musste (vgl. Hartung 2001).

Es ist eine Erbschaft der frühen 1970er Jahre, dass sich diese Deutung auch heute noch auf der linken Seite des politischen Spektrums großer Zustimmung erfreut. Seit dem Machtwechsel von 1969 hatte der neue Bundeskanzler Willy Brandt nichts unterlassen, um seine Koalition mit dem Pathos des Neuanfangs zu umge-

ben (vgl. Wolfrum 1999: 272ff.). Denn nicht allein die Tatsache, dass die Sozialdemokraten erstmals seit 1930 wieder einen deutschen Kanzler stellten, bedeutete einen Einschnitt. Wichtiger noch war, dass Brandt das ‚andere Deutschland‘ verkörperte. Ein Deutschland bestehend aus Emigration und Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Brandt verstand sich daher „als Kanzler nicht mehr eines besieigten, sondern eines befreiten Deutschlands“ (Brandt 1994: 186). Diesem Erklärungsansatz folgend, hat sich bis in die Gegenwart hinein bei Sozialdemokraten ein *Brandt-Mythos* konserviert, der dessen Rolle als Versöhner mit der 68er-Bewegung überhöht. So geht für den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck vom ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik vor allem deshalb eine historische Strahlkraft aus, weil es Brandt „gelang, die 68er mit ihrem Land und der parlamentarischen Demokratie zu versöhnen. (...) Zum einen war er selber Rebell gewesen, und hatte so Verständnis für die Unruhe der Jugend, für ihre Wut und ihre Ungeduld. Zum anderen war er als Emigrant frei von dem Verdacht, in die Verbrechen der Nationalsozialisten verstrickt gewesen zu sein. So stand er mit seiner Person selbst für das andere, das demokratische Deutschland“ (Beck 2007).

Sozialdemokraten wie Linksliberale gleichermaßen überhöhten die neue Koalition als eine historische Zäsur und versuchten, die Bundesrepublik in dieser Zeit des Aufbruchs als die qualitativ höchste Stufe der bisherigen Demokratiegeschichte in Deutschland herauszustellen, indem man sie mit den Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte in Verbindung setzte. Die linken Sozialdemokraten hatten schon einen ‚antikapitalistischen Frühling‘ anbrechen sehen, in dem rätodemokratische Modelle fröhliche Urstände feiern würden (vgl. Jäger 1986). Dagegen wollten die Liberalen die Beendigung des Konflikts zwischen beiden politischen Strömungen erkennen, der 1848 begonnen hatte. Leidenschaftliche Ver-

fechter der ‚Freiburger Thesen‘ der FDP idealisierten das Bündnis mit der Sozialdemokratie geradezu geschichtsphilosophisch. Sie begriffen 1848 als freiheitliche Bürgerrechtsbewegung. Und was damals an der Unvereinbarkeit der Ideen gescheitert war, sahen sie jetzt in der Regierungskoalition von 1969 endlich verwirklicht: die Vereinigung von rechtsstaatlichem Liberalismus und sozialradikaler Demokratie (vgl. Wolfrum 1999: 282).

Die so genannte ‚Heinemann-Bewegung‘ verstärkte diesen geschichtsphilosophischen Diskurs noch zusätzlich – mit Folgen bis in die Gegenwart hinein. Bundespräsident Gustav Heinemann hatte einen ausgesprochen politischen Zugang zur Geschichte. Historie und Tradition waren für ihn Felder, in die es einzugreifen galt. Traditionen seien kein Privileg konservativer Kräfte (vgl. Heinemann 1970: 28ff.). Überall in der deutschen Geschichte fand Heinemann Freiheitsbewegungen: die Bauernaufstände im 16. Jahrhundert, das Hambacher Fest 1832, die Revolutionen von 1848 und 1918. Sie sollten im historischen Bewusstsein der Deutschen stärker verankert werden, denn einer demokratischen Gesellschaft stehe es schlecht zu Gesicht, wenn sie in Revolutionären nichts anderes als meuternde Horden sehen wollte, die von der Obrigkeit schnell gezähmt und in Schranken verwiesen würden. Der Bundespräsident spannte den Bogen zu seiner Gegenwart: freiheitliche Traditionen, staatsbürgerliches Selbstbewusstsein, Bürgertugenden, soziale und emanzipatorische Bewegungen – daran habe es in der Ära Adenauer gemangelt. Eine freie Gesellschaft bedürfe, um sich weiter zu entwickeln, nicht nur freimütiger, sondern auch radikaler Kritik. Heinemann rühmte nicht nur die Freiheitsbewegungen seit dem Mittelalter, sondern führte die Linie sogar bis zu den 68ern fort. Dass er hierbei von der Kehrseite dieser Linie her – Maßregelung, Zensur, Unterdrückung – die aktuelle Praxis des bundesdeutschen Radikalenerlasses von 1972 verurteilte

(vgl. Heinemann 1976), ging zahlreichen Kritikern aber viel zu weit. Dennoch: Seither hatte sich im ‚linken‘ Geschichtsbild die Deutung verfestigt, dass mit 1968 die demokratische Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik begonnen hatte (vgl. Lucke 2008). Was dieser Interpretationsansatz freilich nicht berücksichtigte, war jenes, die Protestbewegung auszeichnende, hohe Maß an Verachtung für den Parlamentarismus. Wie Freiheitskampf und Anti-Parlamentarismus zusammenzubringen waren, blieb das Geheimnis nicht nur Heinemanns (vgl. Kocka 2008: 24).

Allgemein bedeutet 1968 in dieser Interpretation eine Nachgeschichte des Dritten Reiches, insofern in den 1950er und frühen 1960er Jahren die Verstrickungen in den Nationalsozialismus großenteils verschwiegen worden waren und die deutsche Gesellschaft noch stark unter der Prägung des Nationalsozialismus und dessen Auswirkungen litt. Es gilt das Motto: Mit der Geschichte gegen die Geschichte; vor 1968 sei

die Bundesrepublik kein liberales Land gewesen. Die 68er hätten erstmals das Schweigekartell gebrochen und an die ungeheuerlichen Verbrechen erinnert, in die sich Repräsentanten der jungen Republik während des Dritten Reiches verstrickt hätten (vgl. Süddeutsche Zeitung 2001).

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus stürzte die ‚Linke‘ in eine Krise, gleichzeitig jedoch identifizierte sie sich seither stärker als je zuvor mit der ‚alten‘ Bundesrepublik, und es entstand ein retrospektiver bundesrepublikanischer Patriotismus, der auf die Errungenschaften der kulturellen Verwestlichung seit 1968 anhub. Über die Chiffre ‚Revolution von unten‘ tritt zu dieser Erinnerung an 1968 die Erinnerung an 1989 hinzu und mündet in dem Versuch die beiden Epochenjahre zusammenzubinden: Steht 1968 für eine Demokratisierung von unten, so steht 1989 für die einzige erfolgreiche demokratische Revolution auf deutschem Boden, die nicht wie 1945 von außen aufgezwungen wurde (vgl. Hartung 2001).



Die ‚linke‘ Interpretation von 1968 besitzt einen entscheidenden Schwachpunkt: Dass ein fernöstlicher Gewaltherrscher wie Mao zu einer Lichtgestalt erkoren wurde, ist eine schwere Verirrung der Studentenbewegung. Was indessen all die erwähnten Interpretationen vor allem stört, ist der Terrorismus, der mörderische ‚Deutsche Herbst‘ von 1977. Nicht als Konsequenz, sondern als Umkehrung von 1968 erscheint darum der Terrorismus in der monumentalistischen Deutung.

Die euphorische Aufladung, die mit der Erinnerung an die Proteste von 1968 unter der ‚Linken‘ verbreitet ist, hat bis heute zu Täuschungen geführt. So waren die 68er weder die erste noch die größte Protestbewegung in der Bundesrepublik. An der Großdemonstration im Anschluss an den ‚Internationalen Vietnam-Kongress‘ vom 18. Februar 1968 beteiligten sich etwa 12.000 Demonstranten. Weit entfernt lag dies von der Protestbeteiligung der 1950er Jahre; die Paulskirchen-Bewegung oder die Kampf-dem-Atomtod-Bewegung mobilisierten bis zu zwei Millionen Menschen (vgl. Kraushaar 1996: 2508ff.). Auch gegenüber der Friedensbewegung der 1980er Jahre muss 1968, quantitativ betrachtet, verblassen.

3 1968 im Zeichen der Großen Koalition

Im aktuellen Jubeljahr von APO und Studentenprotest sieht nun alles ein wenig anders aus: Die so lange von der Politik verfochtenen Deutungsmuster erscheinen im Augenblick merkwürdig blass. Auch wenn es in diesem Jahr in der Deutung um 1968 zu den gewohnten verzerrenden Instrumentalisierungen kommt, so sind es doch zu allererst die ‚üblichen Verdächtigen‘, die ehemaligen Protagonisten der Studentenbewegung, die das Jubiläumsjahr nutzen, um mit ihren Rechenschaftsberichten den Deutungskampf in eine weitere Runde zu führen (vgl. hierzu Aly 2008; Kraushaar 2008; Schnei-

der 2008; Cohn-Bendit/Dammann 2007). Bei den Repräsentanten der beiden miteinander regierenden Volksparteien herrscht dagegen Zurückhaltung. Dabei lässt sich eine Entwicklung feststellen, die über die bloße Beobachtung eines allgemein vorhandenen erinnerungspolitischen Konsenses der Großen Koalition hinausgeht. Vor allem in den Unionsparteien – in der CDU deutlicher als in der CSU – lässt sich eine vorsichtige Abkehr von den bisher gültigen Deutungsmustern erkennen. Noch vor Antritt der Großen Koalition offenbarte Angela Merkel im Sommer 2005 Tendenzen zu einem veränderten konservativen Zugriff auf die 68er. In einer Rede anlässlich des 60. Geburtstages der CDU sagte sie: „Manches an gesellschaftlicher Veränderung, was 1968 und danach die alte Bundesrepublik und auch die CDU bewegte, ist heute Allgemeingut. Wir können und wir wollen nicht zurück zum Familien- und Frauenbild der 50er Jahre. Wir können und wir wollen nicht zurück zum gesellschaftspolitischen Rahmen jener Zeit. Wir sind alle weiter als damals.“ (Merkel 2005).

Die CDU-Vorsitzende verzichtete hier auf die bis dato in der Union übliche Idealisierung der Adenauer-Zeit und formulierte eine – wengleich verhaltene – Anerkennung der Rolle der 68er in der Geschichte der Bundesrepublik. Dabei war Merkel von einer durchweg positiven konservativen Neuinterpretation der Protestbewegung immer noch weit entfernt. Ganz im Zeichen des Wahlkampfes zielte sie auf eine Abrechnung mit Rot-Grün. Merkel hielt die Zeit für reif, das politische Feld nun einer Generation zu überlassen, die nichts mehr mit den Illusionen der 68er gemein hatte: „Aber alle erkennen jetzt auch: Die geistigen Ressourcen von 1968 waren zu eng für die Zukunft unseres Landes. Die Utopien dieser Generation müssen der Realität Platz machen, wenn das Land eine gute Zukunft haben soll. Nun übernimmt die nächste Generation. Es ist Zeit für eine realistische Politik“ (Merkel 2005).

Und tatsächlich scheint sich die ‚nächste Generation‘ nach ihrem Machtantritt im Jahr 2005 von 1968 als geschichtspolitischem Kampfplatz verabschiedet zu haben: Anders als das ‚Kabinett der 68er‘ (Bude 2006) mit Schröder, Fischer und Schily, aber auch des politischen Widersachers Stoiber, deren politische Sozialisation wesentlich mit 1968 zusammenhängt, verkörpern die tragenden Säulen des aktuellen Kabinetts, Angela Merkel (Jahrgang 1954) und Frank-Walter Steinmeier (Jahrgang 1956), eine Generation, für die der Komplex ‚APO‘ und ‚Studentenprotest‘ nicht mehr länger einen Bezugspunkt darstellt. Stattdessen repräsentieren sie eine Altersgruppe, die die Nachkriegszeit hinter sich gelassen hat; eine Generation, die ‚die großen Probleme Deutschlands in der Zukunft, nicht mehr in der Vergangenheit sieht‘ (Bude 2006).

Die jüngsten Ereignisse nach der Hamburg-Wahl verdeutlichen, dass das bisher so mächtige konservative Deutungsmodell von 1968 ins Wanken gerät. Wie kann es sonst sein, dass die CDU heute eine Koalition mit jener politischen Kraft eingeht, die als parlamentarischer Ableger der 68er-Bewegung angetreten war, gegen den ‚Adenauer-Staat‘ Sturm zu laufen?

In diesem Kontext des offiziellen erinnerungspolitischen Konsenses wirken die nach wie vor von der Publizistik angeheizten Deutungskämpfe befremdlich, verbreiten sie doch unermüdlich historische Zerrbilder von 1968. Zwischen Kulturkampf von Rechts und autobiografischer Selbstverliebtheit von Links geht eine objektive Auseinandersetzung mit den 68ern im medialen Erinnerungshype an die Revolte unter. Dabei würde eine nüchterne Betrachtung von 1968 sicher helfen, den Platz dieses Ereignisses in der Geschichte der Bundesrepublik angemessen zu bestimmen.

Günther R. Mittler (geb. 1976) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für Zeitgeschichte am Zentrum für Europäische Geschichts- und Kul-

turwissenschaften (ZEGK)/ Historisches Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Kontakt: Guenther.Mittler@zegk.uni-heidelberg.de

Edgar Wolfrum (geb. 1960) ist Professor für Zeitgeschichte am Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK)/ Historisches Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Kontakt: Edgar.Wolfrum@zegk.uni-heidelberg.de

Literatur

Aly, Götz 2008: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Beck, Kurt 2007: Rede anlässlich der Eröffnung des Willy-Brandt-Hauses in Lübeck, 18. Dezember; <http://www.kurt-beck.de/menu/1747298/index.html> [21.5.2008].

Brandt, Willy 1994: Erinnerungen. Berlin/ Frankfurt am Main: Ullstein.

Bude, Heinz 2006: Die Neorealisten. In: *Die Zeit*, 19. Januar.

Cohn-Bendit, Daniel/Dammann, Rüdiger (Hg.) 2007: 1968. Die Revolte. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Cramer, Ernst 2001: 1968 war kein Ringen unter Gleichen. In: *Die Welt*, 22. Januar.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 2001: Fischer im Fegefeuer, 16. Januar.

Frei, Norbert 2008: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München: dtv.

Fukuyama, Francis 1992: Das Ende der Geschichte. Berlin: Kindler.

Hartung, Klaus 2001: Runter mit dem Zeigefinger. In: *Die Zeit*, 25. Januar.

Heinemann, Gustav 1970: Rede bei der Schaffermahlzeit im Bremer Rathaus, 13. Februar. In: Stölzl, Christoph (Hg.) 1988, Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven. Frankfurt am Main/Berlin: Popylänen, 28-30.

Heinemann, Gustav 1976: Freimütige Kritik und demokratischer Rechtsstaat. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 24, B 20-21, 3-7.

Jäger, Wolfgang 1986: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition. In: Bracher, Karl Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner (Hg.), *Republik im Wandel 1969-1974*. Stuttgart: DVA, 13-160.

Kocka, Jürgen 2008: Neubestimmung des Verhältnisses von Geist und Politik. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 2008 Heft 3, 21-27.

Kallscheuer, Otto/Sontheimer, Michael (Hg.) 1987: *Einschüsse. Besichtigungen eines Frontverlaufs. Zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst*. Berlin: Rotbuch.

Kraushaar, Wolfgang 1996: *Die Protestchronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegungen, Widerstand und Utopie. Band 1*. Hamburg: Rogner & Bernhard, 2508-2515.

Kraushaar, Wolfgang 2008: *Achtundsechzig. Eine Bilanz*. Berlin: Propyläen.

Lucke, Albrecht von 2008: *68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht*. Berlin: Wagenbach.

Merkel, Angela 2005: Rede anlässlich der Festveranstaltung „60 Jahre CDU“, Berlin, 16. Juni. http://www.cdu.de/doc/pdf/05_06_16_Rede_Merkel_60_Jahre_CDU.pdf [21.5.2008]

Neumann, Bernd 2007: Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen. Entwurf des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption gemäß Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 zur Vorlage an den Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, 22.6.2007). http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-07-05-diskussionsentwurf-gedenkstaettenkonzept-barrierefrei.html [21.5.2008]

Podewils, Clemens Graf (Hg.) 1975: *Tendenzwende. Zur geistigen Situation der Bundesrepublik (Vorträge bei der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, November 1974)*. Stuttgart: Ernst Klett.

Preuß, Ulrich K. 2001: *Geschichte auf krummen Wegen*. In: *Die Zeit*, 3./4. Januar.

Rödter, Andreas 2004: *Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965-1990*. Stuttgart: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus.

Schneider, Peter 2008: *Rebellion und Wahn – Mein 68*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Schnibben, Cord 1997: *Vollstrecker des Weltgeistes*. In: *Der Spiegel*, Nr. 23.

Sievers, Rudolf 1968. *Eine Enzyklopädie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Sontheimer, Michael 2008: *Wasserwerfer Marsch!* <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,532302,00.html> [21.5.2008]

Süddeutsche Zeitung 2001: *CDU wirft Fischer Verharmlosung vor*, 18. Januar.

Weiskirchen, Gert 2001: *68 war kein Mythos. Kontinuität und Aufbruch in der deutschen Nachkriegsgeschichte*. In: *Zeitzeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft*, März 2001, 10.

Westerwelle, Guido 2007: *Interview mit „Welt Online“*, 8. August. http://www.welt.de/politik/article1091198/Die_68er_sind_Zensoren_der_geistigen_Freiheit.html [21.5.2008]

Wolfrum, Edgar 1999: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*. Darmstadt: WBG.

Wolfrum, Edgar 2001: „1968“ in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 49, B 22-23, 28-36.

Wolfrum, Edgar 2006: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Klett-Cotta, 261-271.